

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht

Bearbeitet von
Von Prof. Dr. Jörn Ipsen, Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs a.D.

30. Auflage 2018. Buch. XXVIII, 327 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8006 5712 4
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Staatsrecht, Verfassungsrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht

Von

Dr. Jörn Ipsen

Professor an der Universität Osnabrück

Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs a. D.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

30., überarbeitete Auflage 2018

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: *Ipsen* StaatsR I Rn.



www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 5712 4

© 2018 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG/Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Für Nils und Birga


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Die freundliche Aufnahme auch der 29. Auflage des Lehrbuchs hat eine Neuauflage wiederum binnen Jahresfrist erforderlich gemacht. In ihr sind die neueren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ebenso berücksichtigt wie Gesetzesänderungen und in der Zwischenzeit erschienene Literatur zum Staatsrecht. Der für Studierende nicht leicht zugängliche Stoff des Staatsorganisationsrechts wird nicht ausschließlich abstrakt dargestellt, sondern durch Fallbeispiele illustriert. Sie lassen anschaulich werden, welche Rolle dem Staatsrecht in der heutigen Rechtspraxis zukommt. Bewusst wurde hierbei ein Höchstmaß an Aktualität angestrebt, so dass der Leser auch auf »Fälle« stößt, die noch nicht Gegenstand von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts gewesen sind. Dies möge als Zeichen dafür verstanden werden, dass das Staatsrecht ein in stetem Wandel begriffenes Rechtsgebiet ist.

Naturgemäß spielt die Judikatur des Bundesverfassungsgerichts im Staatsrecht eine ausschlaggebende Rolle, denn das Grundgesetz gilt so, wie es die Verfassungsgerichtsbarkeit auslegt. Die wichtigsten Entscheidungen sind deshalb den einzelnen Kapiteln in Gestalt einer Rechtsprechungsübersicht angefügt. Ihre Lektüre ist für das Studium des Staatsrechts unentbehrlich, was kritische Distanz zu einzelnen Judikaten nicht ausschließt. Die Literaturübersichten am Ende der einzelnen Kapitel sollen eine rasche Orientierung ermöglichen. Bei der Auswahl wurden neben den grundlegenden Arbeiten vor allem Publikationen berücksichtigt, die eine didaktische Zielsetzung aufweisen.

Angesichts der Beschränkung, die für den Umfang eines Lehrbuchs geboten ist, das nicht nur *durchgelesen*, sondern *durchgearbeitet* werden will, sind die staatstheoretischen Passagen knapp ausgefallen. Diese Zurückhaltung sollte als Verweisung auf die Lehrbücher verstanden werden, die der theoretischen Dimension der Verfassung und ihrer tragenden Grundsätze breiteren Raum geben und insoweit keiner Ergänzung bedürfen.

Das vorliegende Lehrbuch wird durch Kontrollfragen und Antworten ergänzt, die der Wiederholung und Vertiefung des Stoffes dienen und unter der Internetadresse https://www.jura-cms.uni-osnabrueck.de/lehrende/emeritierte_professoren/prof_ipsen/kontrollfragen.html abgerufen werden können. An gleicher Stelle finden sich auch Hinweise auf neuere Publikationen des Autors. Anregungen und Kritik werden an die E-Mail-Adresse: Joern.Ipsen@uni-osnabrueck.de erbeten.

Dank gilt meiner wissenschaftlichen Mitarbeiterin Dr. Georgia Marfels, die mich bei der Neuauflage des Buches wiederum hilfreich unterstützt hat.

Osnabrück, im Juli 2018

Jörn Ipsen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis (Auswahl)	XXVII
A. Einführung	1
§ 1 Staat und Staatsrecht	1
I. Staatslehre, Staatsrechtslehre und Staatswissenschaft	1
II. Die Drei-Elemente-Lehre	2
III. Der Staat als juristische Person	3
IV. Das Staatsorganisationsrecht in der Rechtsordnung	5
V. Literatur	7
§ 2 Das Grundgesetz als Verfassung Deutschlands	8
I. Der Einigungsvertrag vom 31.8.1990	8
II. Der »Zwei-plus-Vier-Vertrag«	10
III. Die zukünftige Verfassung Deutschlands	11
IV. Rechtsprechung	12
V. Literatur	12
§ 3 Die Europäische Union	14
I. Von der Montanunion zur Europäischen Union	14
II. Die Bundesrepublik als Mitglied der Europäischen Union	16
III. Grundlagen der Europäischen Union	18
IV. Die europäische Grundrechtecharta	19
V. Die Europäische Union als »Staatenverbund«	19
VI. Austritt aus der Europäischen Union	20
VII. Rechtsprechung	21
VIII. Literatur	21
B. Die Parlamentarische Demokratie	23
§ 4 Wahlen und Abstimmungen	24
I. Die Wahlsysteme	24
II. Die Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 Abs. 1 GG	26
III. Das Wahlsystem des Bundeswahlgesetzes	34
IV. Wahlprüfung	40
V. Abstimmungen	41
VI. Wahlen zum Europäischen Parlament	44
VII. Rechtsprechung	45
VIII. Literatur	45
§ 5 Die politischen Parteien	47
I. Die Funktion der politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie	47
II. Die Chancengleichheit der Parteien	51
III. Die staatliche Parteienfinanzierung	54
IV. Das Verbot verfassungswidriger Parteien (Art. 21 Abs. 2 GG)	58
V. Verfassungswidrig, aber nicht verboten – das zweite NPD-Urteil	61
VI. Übersicht: Einnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien in EUR (2016)	63
VII. Politische Parteien in der Europäischen Union	64
VIII. Rechtsprechung	64
IX. Literatur	64
§ 6 Der Bundestag	66
I. Funktionen des Parlaments im parlamentarischen Regierungssystem	66
II. Organisation und Arbeitsweise des Bundestages	79
III. Die Rechtsstellung des Abgeordneten	86

IV. Übersicht: Verfahren der Bundesgesetzgebung I (Initiative, Beratung, Gesetzesbeschluss)	94
V. Das Europäische Parlament	94
VI. Rechtsprechung	96
VII. Literatur	96
§ 7 Der Bundesrat	98
I. Zusammensetzung und Arbeitsweise des Bundesrates	98
II. Die Mitwirkung des Bundesrates an der Gesetzgebung des Bundes (Gesetzgebungsverfahren II)	100
III. Beteiligung des Bundesrates an Regierung und Verwaltung des Bundes	111
IV. Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union	114
V. Übersichten: Verfahren der Bundesgesetzgebung II (Beteiligung des Bundesrates)	115
VI. Zum Vergleich: Die Europäische Union	117
VII. Rechtsprechung	117
VIII. Literatur	117
§ 8 Die Bundesregierung	119
I. Der Bundeskanzler (»Kanzlerprinzip«)	119
II. Die Bundesminister (»Ressortprinzip«)	127
III. Die Bundesregierung als Kollegialorgan (»Kabinettsprinzip«)	130
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union	131
V. Rechtsprechung	132
VI. Literatur	132
§ 9 Der Bundespräsident	134
I. Die Stellung des Staatsoberhauptes im Regierungssystem	134
II. Staatsrechtliche Kompetenzen des Bundespräsidenten	136
III. Rechtsstellung des Bundespräsidenten	144
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union	147
V. Rechtsprechung	147
VI. Literatur	147
C. Der Bundesstaat	149
§ 10 Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	153
I. Die Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Länder (Art. 70 GG)	153
II. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes	154
III. Konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes (Art. 72, 74 GG)	156
IV. Neue Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern	162
V. Grundgesetzgebung des Bundes (Art. 109 Abs. 4 GG)	164
VI. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes?	164
VII. Übersicht: Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	168
VIII. Zum Vergleich: Die Europäische Union	168
IX. Rechtsprechung	169
X. Literatur	169
§ 11 Die Ausführung der Bundesgesetze durch Landes- und Bundesverwaltung	171
I. Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder	171
II. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung	180
III. Verfassungsgrundsätze der Verwaltungsorganisation	185
IV. Übersicht: Ausführung der Bundesgesetze durch Bundes- und Landesverwaltung	190
V. Vollzug des Unionsrechts	191
VI. Rechtsprechung	192
VII. Literatur	192
§ 12 Gerichtsorganisation und Rechtsprechung des Bundes	193
I. Gerichts Aufbau in der Bundesrepublik	193
II. Bundesgerichte als Instanzgerichte	194
III. Übersichten	196
IV. Gerichte der Europäischen Union	197
V. Rechtsprechung	197
VI. Literatur	197
§ 13 Das bundesstaatliche Rechtsverhältnis	198
I. Homogenitätsprinzip (Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG)	198

II. Pflicht zum bundesfreundlichen Verhalten (Bundestreue)	199
III. Vorrang des Bundesrechts (Art. 31 GG)	200
IV. Bundeszwang (Art. 37 GG)	201
V. Moderne Gestaltungsformen bundesstaatlicher Zusammenarbeit	203
VI. Zum Vergleich: Die Europäische Union	206
VII. Rechtsprechung	206
VIII. Literatur	206
D. Der Rechtsstaat	207
§ 14 Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen	208
I. Trennung der Staatsfunktionen	208
II. Konstituierung »besonderer« Organe	210
III. Zuweisung der Funktionen an die verschiedenen Staatsorgane	211
IV. Einrichtung von Kontrollen	212
V. Gewaltenteilung in der Europäischen Union	213
VI. Übersicht: Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen	214
VII. Rechtsprechung	214
VIII. Literatur	214
§ 15 Die Rechtsgebundenheit der Staatsorgane	216
I. Dichotomie von »Gesetz und Recht« (Art. 20 Abs. 3 GG)	216
II. Rechtsstaatliche Normenhierarchie	216
III. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	220
IV. Rechtsetzung in der Europäischen Union	221
V. Rechtsprechung	222
VI. Literatur	222
§ 16 Der Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte	224
I. Rechtsweggarantie (Art. 19 Abs. 4 GG)	224
II. Richterliche Unabhängigkeit (Art. 97 GG)	227
III. Der gesetzliche Richter (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG)	229
IV. Rechtsschutz in der Europäischen Union	230
V. Rechtsprechung	230
VI. Literatur	231
§ 17 Das Bundesverfassungsgericht	232
I. Der Rechtsstatus des Bundesverfassungsgerichts	232
II. Zur Organisation des Bundesverfassungsgerichts	234
III. Das Bundesverfassungsgericht im Spannungsverhältnis von Recht und Politik	236
IV. Der Europäische Gerichtshof als Verfassungsgericht der Europäischen Union	239
V. Rechtsprechung	239
VI. Literatur	239
§ 18 Verfassungsgerichtliche Verfahrensarten	241
I. Organstreitverfahren (Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63ff. BVerfGG)	242
II. Bund-Länder-Streitigkeit (Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG, §§ 13 Nr. 7, 68ff. BVerfGG)	245
III. Abstrakte Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76ff. BVerfGG)	247
IV. Konkrete Normenkontrolle (Art. 100 Abs. 1 GG, §§ 13 Nr. 11, 80ff. BVerfGG)	253
V. Verfassungsbeschwerde (Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90ff. BVerfGG)	257
VI. Übersichten	261
VII. Verfahrensarten vor dem Europäischen Gerichtshof	263
VIII. Rechtsprechung	266
IX. Literatur	267
E. Das Sozialstaatsprinzip	269
§ 19 Die Bundesrepublik als Sozialstaat	272
I. Grundgesetzliche Ausformungen des Sozialstaatsprinzips	272
II. Das Sozialstaatsprinzip in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	273
III. Schranken des Sozialstaates?	275
IV. Übersicht: Der Bundeshaushalt	277
V. Sozialpolitik in der Europäischen Union	277
VI. Rechtsprechung	278
VII. Literatur	278

F. Der Schutz der Verfassung	279
§ 20 Institute zur Sicherung der Verfassung	280
I. Der Bestandsschutz des Grundgesetzes	280
II. Verfassungsschutz im Innenbereich	286
III. Die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen	289
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union	292
V. Rechtsprechung	292
VI. Literatur	293
G. Die Bundesrepublik in der Staatengemeinschaft	295
§ 21 Die auswärtigen Beziehungen	296
I. Bundes- und Landeskompetenzen im Bereich der auswärtigen Beziehungen	296
II. Zuständigkeit der Bundesorgane im Bereich der auswärtigen Beziehungen	300
III. Die verfassungsrechtliche Kontrolle von Akten der »auswärtigen Gewalt«	305
IV. Übersichten: Völkerrechtliche Verträge	308
V. Beispiel einer Ratifikationsurkunde	310
VI. Die auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union	310
VII. Rechtsprechung	311
VIII. Literatur	311
§ 22 Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in internationalen Organisationen	313
I. Vereinte Nationen (UNO)	314
II. Nordatlantik-Vertrag (NATO)	315
III. Europarat	315
IV. Rechtsprechung	316
V. Literatur	316
Sachverzeichnis	317


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis (Auswahl)	XXVII
A. Einführung	1
§ 1 Staat und Staatsrecht	1
I. Staatslehre, Staatsrechtslehre und Staatswissenschaft	1
II. Die Drei-Elemente-Lehre	2
III. Der Staat als juristische Person	3
IV. Das Staatsorganisationsrecht in der Rechtsordnung	5
1. Staatsorganisationsrecht – Staatsrecht – Öffentliches Recht	5
2. Staatsrecht – Verfassungsrecht	6
V. Literatur	7
§ 2 Das Grundgesetz als Verfassung Deutschlands	8
I. Der Einigungsvertrag vom 31.8.1990	8
II. Der »Zwei-plus-Vier-Vertrag«	10
III. Die zukünftige Verfassung Deutschlands	11
IV. Rechtsprechung	12
V. Literatur	12
§ 3 Die Europäische Union	14
I. Von der Montanunion zur Europäischen Union	14
II. Die Bundesrepublik als Mitglied der Europäischen Union	16
1. Das primäre Unionsrecht	16
2. Das »sekundäre« Unionsrecht	16
3. Das Verhältnis von nationalem und supranationalem Recht	17
III. Grundlagen der Europäischen Union	18
1. Wirtschafts- und Währungsunion	18
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	18
3. Justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit in Strafsachen	18
IV. Die europäische Grundrechtecharta	19
V. Die Europäische Union als »Staatenverbund«	19
VI. Austritt aus der Europäischen Union	20
VII. Rechtsprechung	21
VIII. Literatur	21
B. Die Parlamentarische Demokratie	23
§ 4 Wahlen und Abstimmungen	24
I. Die Wahlsysteme	24
1. Das Mehrheitswahlrecht	24
2. Das Verhältniswahlrecht	26
II. Die Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 Abs. 1 GG	26
1. Grundsatz 1: Die Allgemeinheit der Wahl	26
2. Grundsatz 2: Die Unmittelbarkeit der Wahl	28
3. Grundsatz 3: Die Geheimheit der Wahl	29
4. Grundsatz 4: Die Freiheit der Wahl	30
5. Grundsatz 5: Die Gleichheit der Wahl	31
III. Das Wahlsystem des Bundeswahlgesetzes	34
IV. Wahlprüfung	40
V. Abstimmungen	41
VI. Wahlen zum Europäischen Parlament	44
VII. Rechtsprechung	45

VIII. Literatur	45
§ 5 Die politischen Parteien	47
I. Die Funktion der politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie	47
1. Begriff der »politischen Partei«	47
2. Gründungsfreiheit und innere Ordnung der Parteien	48
3. Mitwirkung bei der »politischen Willensbildung des Volkes«	49
II. Die Chancengleichheit der Parteien	51
1. Materialer und formaler Gleichheitssatz	51
2. Ausformung der Chancengleichheit durch das Parteiengesetz	52
3. Gerichtliche Durchsetzung der Chancengleichheit	53
III. Die staatliche Parteienfinanzierung	54
1. Unmittelbare Parteienfinanzierung	55
2. Rechenschaftspflicht und Festsetzungsverfahren	56
3. Steuerliche Begünstigung von Mitgliedsbeiträgen und Parteispenden	57
IV. Das Verbot verfassungswidriger Parteien (Art. 21 Abs. 2 GG)	58
1. Die »freiheitliche demokratische Grundordnung« als Schutzgut	58
2. Das Verbotsverfahren (§§ 43 ff. BVerfGG)	59
3. Rechtsfolgen des Parteiverbots	60
V. Verfassungswidrig, aber nicht verboten – das zweite NPD-Urteil	61
VI. Übersicht: Einnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien in EUR (2016)	63
VII. Politische Parteien in der Europäischen Union	64
VIII. Rechtsprechung	64
IX. Literatur	64
§ 6 Der Bundestag	66
I. Funktionen des Parlaments im parlamentarischen Regierungssystem	66
1. Wahlfunktion	66
2. Kontrollfunktion	66
a) Zitier- und Interpellationsrecht (Art. 43 Abs. 1 GG)	66
b) Einsetzung von Untersuchungsausschüssen (Art. 44 GG)	67
c) Schlichte Parlamentsbeschlüsse	69
3. Gesetzgebungsfunktion (Gesetzgebungsverfahren I)	70
a) Gesetzesinitiative (Art. 76 GG)	70
b) Gesetzesberatung	72
c) Gesetzesbeschluss (Art. 77 Abs. 1 GG)	73
4. Mitwirkungsfunktion in Angelegenheiten der Europäischen Union und der NATO	74
5. Repräsentationsfunktion	77
II. Organisation und Arbeitsweise des Bundestages	79
1. Präsident, Präsidium, Ältestenrat	79
a) Bundestagspräsident (Art. 40 GG)	79
b) Präsidium	79
c) Ältestenrat	80
2. Bundestagsausschüsse	80
3. Fraktionen	82
4. Wahlperiode des Bundestages (Art. 39 Abs. 1 GG)	84
III. Die Rechtsstellung des Abgeordneten	86
1. Das parlamentarische Mandat (Art. 38 Abs. 1 GG)	86
2. Indemnität und Immunität (Art. 46 GG)	87
a) Indemnität (Art. 46 Abs. 1 GG)	87
b) Immunität (Art. 46 Abs. 2 GG)	88
3. Parlamentarische Rechte des Abgeordneten	90
4. Anspruch auf angemessene Entschädigung (Art. 48 Abs. 3 GG)	91
5. Pflichten der Abgeordneten	92
IV. Übersicht: Verfahren der Bundesgesetzgebung I (Initiative, Beratung, Gesetzesbeschluss)	94
V. Das Europäische Parlament	94
VI. Rechtsprechung	96
VII. Literatur	96
§ 7 Der Bundesrat	98
I. Zusammensetzung und Arbeitsweise des Bundesrates	98

II. Die Mitwirkung des Bundesrates an der Gesetzgebung des Bundes (Gesetzgebungsverfahren II)	100
1. Einspruchs- und Zustimmungsgesetze	100
2. Zustimmungsbedürftigkeit von Änderungsgesetzen	105
3. Aufspaltung von Gesetzen	107
4. Vermittlungsverfahren (Art. 77 Abs. 2 GG)	108
a) Vermittlungsverfahren bei Einspruchsgesetzen	108
b) Vermittlungsverfahren bei Zustimmungsgesetzen	109
5. Zustandekommen von Bundesgesetzen (Art. 78 GG)	110
III. Beteiligung des Bundesrates an Regierung und Verwaltung des Bundes	111
1. Zustimmungsbedürftigkeit von Rechtsverordnungen (Art. 80 Abs. 2 GG)	111
2. Zustimmungsbedürftigkeit von Verwaltungsvorschriften (Art. 84 Abs. 2, 85 Abs. 2 S. 1 GG)	112
IV. Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union	114
V. Übersichten: Verfahren der Bundesgesetzgebung II (Beteiligung des Bundesrates)	115
1. Einspruchsgesetz	115
2. Zustimmungsgesetz	116
VI. Zum Vergleich: Die Europäische Union	117
VII. Rechtsprechung	117
VIII. Literatur	117
§ 8 Die Bundesregierung	119
I. Der Bundeskanzler (»Kanzlerprinzip«)	119
1. Wahl des Bundeskanzlers (Art. 63 GG)	119
2. Die persönliche Rechtsstellung des Bundeskanzlers	120
3. Kompetenzen	121
a) Richtlinienkompetenz (Art. 65 S. 1 GG)	121
b) Personalentscheidungen und Organisationsgewalt	122
c) Geschäftsleitungsbefugnis	124
4. Vertrauensfrage (Art. 68 GG)	124
5. Konstruktives Misstrauensvotum (Art. 67 GG)	126
6. Rücktritt	126
II. Die Bundesminister (»Ressortprinzip«)	127
1. Selbständige Leitung des Geschäftsbereichs (Art. 65 S. 2 GG)	127
2. Die einzelnen Ressorts	128
3. Verantwortlichkeit der Bundesminister	128
III. Die Bundesregierung als Kollegialorgan (»Kabinettsprinzip«)	130
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union	131
V. Rechtsprechung	132
VI. Literatur	132
§ 9 Der Bundespräsident	134
I. Die Stellung des Staatsoberhauptes im Regierungssystem	134
1. Die Stellung des Reichspräsidenten nach der Weimarer Reichsverfassung	134
2. Die Parlamentarisierung des Regierungssystems durch das Grundgesetz	135
II. Staatsrechtliche Kompetenzen des Bundespräsidenten	136
1. Die völkerrechtliche Vertretung des Bundes (Art. 59 Abs. 1 GG)	136
2. Ernennung und Entlassung von Amtsträgern des Bundes (Art. 60 Abs. 1, 64 Abs. 1 GG)	137
3. Ausfertigung und Verkündung von Bundesgesetzen (Gesetzgebungsverfahren III)	138
4. Auflösung des Bundestages (Art. 63 Abs. 4, 68 Abs. 1 GG)	141
5. Begnadigungsrecht (Art. 60 Abs. 2 GG)	143
III. Rechtsstellung des Bundespräsidenten	144
1. Wahl des Bundespräsidenten (Art. 54 GG)	144
2. Inkompatibilität und Immunität (Art. 55, 60 GG)	145
3. Gegenzeichnung (Art. 58 GG)	145
4. Präsidentenanklage (Art. 61 GG)	146
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union	147
V. Rechtsprechung	147
VI. Literatur	147

C. Der Bundesstaat	149
§ 10 Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	153
I. Die Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Länder (Art. 70 GG)	153
II. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes	154
1. Bundeskompetenzen nach Art. 71, 73 GG	154
2. Kompetenzzuweisungen durch den Begriff »Bundesgesetz«	155
III. Konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes (Art. 72, 74 GG)	156
1. Kernkompetenzen	156
2. Bedarfskompetenzen (Art. 72 Abs. 2 GG)	158
3. Abweichungskompetenzen (Art. 72 Abs. 3 GG)	161
IV. Neue Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern	162
1. Neue Länderzuständigkeiten	162
2. Neue Bundeszuständigkeiten	163
3. Wiedergewinnung des föderalen Gleichgewichts?	163
V. Grundsatzgesetzgebung des Bundes (Art. 109 Abs. 4 GG)	164
VI. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes?	164
1. Bundeskompetenzen kraft Sachzusammenhangs	165
2. »Annex-Kompetenz«	165
3. Kompetenzen »aus der Natur der Sache«	166
VII. Übersicht: Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	168
VIII. Zum Vergleich: Die Europäische Union	168
IX. Rechtsprechung	169
X. Literatur	169
§ 11 Die Ausführung der Bundesgesetze durch Landes- und Bundesverwaltung	171
I. Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder	171
1. Ausführung der Bundesgesetze als landeseigene Angelegenheit (Art. 83, 84 GG)	172
a) Behördenorganisation und Verwaltungsverfahren (Art. 84 Abs. 1 GG)	172
b) Erlass von Verwaltungsvorschriften (Art. 84 Abs. 2 GG)	175
c) Rechtsaufsicht des Bundes (Art. 84 Abs. 3 GG)	175
d) Aufsichtsmaßnahmen (Art. 84 Abs. 3 und 4 GG)	176
2. Ausführung der Bundesgesetze im Auftrag des Bundes (Art. 85 GG)	177
a) Behördenorganisation und Verwaltungsverfahren; Verwaltungsvorschriften (Art. 85 Abs. 1 und 2 GG)	178
b) Bund-Länder-Verhältnis bei der Auftragsverwaltung	179
II. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung	180
1. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau (Typ 1)	181
2. Die Ausführung der Bundesgesetze durch Bundesoberbehörden (Typ 2)	182
3. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts (Typ 3)	184
III. Verfassungsgrundsätze der Verwaltungsorganisation	185
1. Verbot der Mischverwaltung	185
2. Typenzwang für bundeseigene Verwaltung?	186
3. Gesetzgebungskompetenzen als Grenze der Verwaltungskompetenzen	187
4. Flucht ins Privatrecht	188
IV. Übersicht: Ausführung der Bundesgesetze durch Bundes- und Landesverwaltung	190
1. Ausführung der Bundesgesetze durch Landesverwaltung	190
2. Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung	190
V. Vollzug des Unionsrechts	191
VI. Rechtsprechung	192
VII. Literatur	192
§ 12 Gerichtsorganisation und Rechtsprechung des Bundes	193
I. Gerichtsaufbau in der Bundesrepublik	193
II. Bundesgerichte als Instanzgerichte	194
1. Bundespatentgericht	194
2. Truppendienstgerichte (Art. 96 Abs. 4 GG)	195
3. Staatsschutzsachen (Art. 96 Abs. 5 GG)	195
III. Übersichten	196
1. Instanzenzug zwischen Länder- und Bundesgerichten	196

2. Ausschließliche Gerichtsbarkeit des Bundes (Art. 96 GG)	196
IV. Gerichte der Europäischen Union	197
V. Rechtsprechung	197
VI. Literatur	197
§ 13 Das bundesstaatliche Rechtsverhältnis	198
I. Homogenitätsprinzip (Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG)	198
II. Pflicht zum bundesfreundlichen Verhalten (Bundestreue)	199
III. Vorrang des Bundesrechts (Art. 31 GG)	200
IV. Bundeszwang (Art. 37 GG)	201
V. Moderne Gestaltungsformen bundesstaatlicher Zusammenarbeit	203
1. Gemeinschaftsaufgaben, Verwaltungszusammenarbeit (Art. 91a–e GG)	203
2. »Paktierender Föderalismus«	205
3. Selbstkoordination der Länder	205
VI. Zum Vergleich: Die Europäische Union	206
VII. Rechtsprechung	206
VIII. Literatur	206
D. Der Rechtsstaat	207
§ 14 Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen	208
I. Trennung der Staatsfunktionen	208
1. Gesetzgebung (Rechtsetzung)	209
2. Vollziehung	209
3. Rechtsprechung	209
II. Konstituierung »besonderer« Organe	210
III. Zuweisung der Funktionen an die verschiedenen Staatsorgane	211
IV. Einrichtung von Kontrollen	212
V. Gewaltenteilung in der Europäischen Union	213
VI. Übersicht: Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen	214
VII. Rechtsprechung	214
VIII. Literatur	214
§ 15 Die Rechtsgebundenheit der Staatsorgane	216
I. Dichotomie von »Gesetz und Recht« (Art. 20 Abs. 3 GG)	216
II. Rechtsstaatliche Normenhierarchie	216
1. Verfassung	217
2. Parlamentsgesetz	217
3. Rechtsverordnungen	218
III. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	220
1. Vorrang der Verfassung	220
2. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	220
IV. Rechtsetzung in der Europäischen Union	221
V. Rechtsprechung	222
VI. Literatur	222
§ 16 Der Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte	224
I. Rechtsweggarantie (Art. 19 Abs. 4 GG)	224
1. Begriff der »öffentlichen Gewalt«	224
2. Behauptung der Verletzung subjektiver Rechte	225
3. Rechtsweg als Weg zu Gerichten	226
4. Grundsatz der »Rechtsschutzeffektivität«	226
II. Richterliche Unabhängigkeit (Art. 97 GG)	227
1. Sachliche Unabhängigkeit des Richters (Art. 97 Abs. 1 GG)	227
2. Persönliche Unabhängigkeit (Art. 97 Abs. 2 GG)	228
III. Der gesetzliche Richter (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG)	229
IV. Rechtsschutz in der Europäischen Union	230
V. Rechtsprechung	230
VI. Literatur	231
§ 17 Das Bundesverfassungsgericht	232
I. Der Rechtsstatus des Bundesverfassungsgerichts	232
II. Zur Organisation des Bundesverfassungsgerichts	234
1. Richterwahl (Art. 94 Abs. 1 GG)	234

2. Wahlvoraussetzungen und Rechtsstellung der Richter	235
III. Das Bundesverfassungsgericht im Spannungsverhältnis von Recht und Politik	236
IV. Der Europäische Gerichtshof als Verfassungsgericht der Europäischen Union	239
V. Rechtsprechung	239
VI. Literatur	239
§ 18 Verfassungsgerichtliche Verfahrensarten	241
I. Organstreitverfahren (Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63ff. BVerfGG)	242
1. Rechtsnatur der Organstreitigkeit	242
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	243
a) Parteifähigkeit (§ 63 BVerfGG)	243
b) Antragsbefugnis (§ 64 Abs. 1, 2 BVerfGG)	244
c) Entscheidung (§ 67 BVerfGG)	245
II. Bund-Länder-Streitigkeit (Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG, §§ 13 Nr. 7, 68ff. BVerfGG)	245
1. Rechtsnatur und Ausgestaltung des Verfahrens	245
2. Zur gegenwärtigen Bedeutung der Bund-Länder-Streitigkeit	246
III. Abstrakte Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76ff. BVerfGG)	247
1. Rechtsnatur der abstrakten Normenkontrolle	247
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	248
a) Antragsberechtigung	248
b) Prüfungsgegenstand	248
c) Antragsbefugnis (§ 76 Abs. 1 BVerfGG)	250
3. Prüfungsmaßstab und Entscheidung	250
IV. Konkrete Normenkontrolle (Art. 100 Abs. 1 GG, §§ 13 Nr. 11, 80ff. BVerfGG)	253
1. Richterliche Kompetenz zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen	253
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	254
a) Vorlageberechtigung	254
b) Vorlagefähige Norm	254
c) Entscheidungserheblichkeit	256
d) Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit der Norm	256
3. Normenkontrollentscheidung	257
V. Verfassungsbeschwerde (Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90ff. BVerfGG)	257
1. Rechtsnatur der Verfassungsbeschwerde	257
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	258
a) Beschwerdefähigkeit (Antragsberechtigung)	258
b) Akt der »öffentlichen Gewalt«	258
c) Beschwerdebefugnis	258
d) Frist	259
e) Erschöpfung des Rechtswegs (§ 90 Abs. 2 BVerfGG)	259
3. Das Annahmeverfahren (§§ 93a–d BVerfGG)	260
VI. Übersichten	261
1. Verfassungsgerichtliche Verfahrensarten	261
2. Entscheidungen des BVerfG gegliedert nach Verfahrensarten	263
VII. Verfahrensarten vor dem Europäischen Gerichtshof	263
1. Vertragsverletzungsklage (Art. 258 AEUV)	263
2. Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV)	264
3. Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV)	265
4. Vorabentscheidungsverfahren	265
VIII. Rechtsprechung	266
IX. Literatur	267
E. Das Sozialstaatsprinzip	269
§ 19 Die Bundesrepublik als Sozialstaat	272
I. Grundgesetzliche Ausformungen des Sozialstaatsprinzips	272
1. Bewältigung der Kriegsfolgen	272
2. Sozialversicherung	272
3. Sozialhilfe	273
4. Arbeitsrecht, insbesondere Arbeitsschutz	273
5. Ausbildungsförderung	273
II. Das Sozialstaatsprinzip in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	273

1. Allgemeine Bedeutung des Sozialstaatsprinzips	274
2. Sozialstaatsprinzip und »Daseinsfürsorge«	275
3. Sozialstaatsprinzip und Sozialversicherung	275
III. Schranken des Sozialstaates?	275
IV. Übersicht: Der Bundeshaushalt	277
V. Sozialpolitik in der Europäischen Union	277
VI. Rechtsprechung	278
VII. Literatur	278
F. Der Schutz der Verfassung	279
§ 20 Institute zur Sicherung der Verfassung	280
I. Der Bestandsschutz des Grundgesetzes	280
1. Erschwerte Abänderbarkeit der Verfassung (Art. 79 Abs. 2 GG)	280
2. Das Verbot der Verfassungsdurchbrechung (Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG)	281
3. Die sog. »Klarstellungsklausel« (Art. 79 Abs. 1 S. 2 GG)	283
4. Grenzen der Verfassungsänderung (Art. 79 Abs. 3 GG)	283
II. Verfassungsschutz im Innenbereich	286
1. Verfassungstreue des Beamten	286
2. Präsidentenanzeige und Richteranklage (Art. 61, 98 Abs. 2 GG)	288
3. Verfassungssicherung durch parlamentarische Kontrolle	289
III. Die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen	289
1. Nachrichtendienstlicher Verfassungsschutz	289
2. Abwehr konkreter Gefahren für die Verfassung	290
3. Grundrechtsverwirkung, Vereins- und Parteiverbot (Art. 18, 9 Abs. 2, 21 Abs. 2 GG)	290
4. Strafrechtlicher Verfassungsschutz	292
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union	292
V. Rechtsprechung	292
VI. Literatur	293
G. Die Bundesrepublik in der Staatengemeinschaft	295
§ 21 Die auswärtigen Beziehungen	296
I. Bundes- und Landeskompetenzen im Bereich der auswärtigen Beziehungen	296
1. Abschluss- und Transformations-(Vollzugs-)kompetenz	296
2. Bundeskompetenzen im Bereich der auswärtigen Beziehungen	297
3. Teilhabe der Bundesländer an den auswärtigen Beziehungen	299
II. Zuständigkeit der Bundesorgane im Bereich der auswärtigen Beziehungen	300
1. Pflege der auswärtigen Beziehungen als exekutive Kompetenz	300
2. Beteiligung von Bundestag und Bundesrat an Verträgen mit auswärtigen Staaten (Art. 59 Abs. 2 GG)	301
3. Beteiligung des Bundespräsidenten an der Vertragsgesetzgebung	304
4. Verwaltungsabkommen (Art. 59 Abs. 2 S. 2 GG)	305
III. Die verfassungsrechtliche Kontrolle von Akten der »auswärtigen Gewalt«	305
1. Vertragsgesetz als Gegenstand der abstrakten Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG)	306
2. Inhaltliche Kontrolle völkerrechtlicher Verträge durch das Bundesverfassungsgericht	307
IV. Übersichten: Völkerrechtliche Verträge	308
1. Verbandskompetenzen (Abschluss und Transformation)	308
2. Vertragsarten und Mitwirkungsakte von Bundestag und Bundesrat	308
3. Verfahren des Vertragsabschlusses	309
V. Beispiel einer Ratifikationsurkunde	310
VI. Die auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union	310
VII. Rechtsprechung	311
VIII. Literatur	311
§ 22 Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in internationalen Organisationen	313
I. Vereinte Nationen (UNO)	314
II. Nordatlantik-Vertrag (NATO)	315
III. Europarat	315
IV. Rechtsprechung	316
V. Literatur	316
Sachverzeichnis	317



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG